



# ROTER BRIEF

JUNI/JULI 2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Wochen hat sich auf der internationalen Bühne viel ereignet, das direkt auch unser Leben betrifft. Gleichzeitig handelt die Bundesregierung entschlossen, um auf gestiegene Preise zu reagieren. Dazu zählen die Energiepauschale und das 9-Euro-Ticket als Entlastungen für die Bürger:innen. Letzteres kommt vor allem Menschen mit kleinem Geldbeutel zu Gute, die mit einem Schlag mehr Mobilität zur Verfügung haben.

Gleichwohl müssen langfristige und zielgenauere Antworten auf die gestiegenen Preise von der Ampelkoalition, insbesondere mit Blick auf Rentner:innen und Studierende entwickelt werden. Lebensmittelvertierungen treffen besonders Menschen mit geringen Einkommen. Das wird in der Wissenschaft als die "unsoziale Inflation" bezeichnet. Der Butterpreis zum Beispiel ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 50 Prozent gestiegen. Der Tankrabbat ist demnach das falsche Mittel für Entlastungen. Davon profitieren besonders Menschen mit hohem Einkommen, die Autos mit hohem Spritverbrauch und im Durchschnitt mehr Kilometer fahren.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat am 23. Juni 2022 die zweite Stufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Damit stehen Politik und Gesellschaft vor der großen Herausforderung, die Last gerecht zu verteilen und die Schwächeren hier zu entlasten. Dafür setzen wir uns ein. Nähere Informationen zur sogenannten Alarmstufe des Notfallplans Gas erhalten Sie auf Seite 2.

In Niedersachsen werden im Eiltempo Terminals für LNG (liquified natural Gas), also Flüssigerdgas, angeschafft. Unser Energieminister Olaf Lies ist dort federführend. Langfristig werden wir komplett auf erneuerbare Energien setzen.

Geflüchtete aus der Ukraine werden mit Deutschkursen vom Land unterstützt. Mehr darüber und eine Übersicht über Hilfen erhalten Sie auf Seite 3.

Gleichzeitig können wir auch Gutes berichten. Das Land Niedersachsen bekommt ein Kulturfördergesetz. Damit wird die Kulturszene gestärkt (Seite 7). Darüber hinaus wurden weitere Fördergelder bewilligt und ausgezahlt. Die freie Theaterszene erhält 600.000 Euro. Mehr über die Förderung der einzelnen Theater erhalten Sie auf Seite 10. Wir freuen uns über 160.000 Euro für die Oldenburger Kulturszene. Informieren Sie sich gern auf Seite 11 über die geförderten Projekte und den damit verbundenen Besuch unserer Sozialministerin Daniela Behrens.

Wir wünschen schöne Sommerferien. Vielleicht sehen wir uns auch an einem unserer Infostände oder bei anderen Veranstaltungen.

Bis dahin bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

**"Lehrkräfte-Gewinnungspaket"**  
wird umgesetzt. Seite 9

**Eindrücke vom CSD in Oldenburg.**  
Seite 16

**+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++**

Wir bieten wieder Fahrten zum Niedersächsischen Landtag in Hannover an. Melden Sie sich bei Interesse gern in unseren Büros. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.



# ZUM NOTFALLPLAN GAS

## Informationen der Bundesregierung zum Notfallplan Gas

### "1. Was ist der "Notfallplan Gas"?"

Der „Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland“ basiert auf der sogenannten europäischen SoS-Verordnung, d.h. konkret der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung. Er kennt drei Stufen, je nachdem, wie deutlich der Eingriff des Staates ist.

• **1. Frühwarnstufe:** In der ersten Stufe tritt ein Krisenteam beim Bundeswirtschaftsministerium zusammen, das aus Behörden und den Energieversorgern besteht. Die Gasversorger und die Betreiber der Gasleitungen werden etwa verpflichtet, regelmäßig die Lage für die Bundesregierung einzuschätzen. Noch greift der Staat aber nicht ein. Vielmehr ergreifen Gashändler und -lieferanten, Fernleitungs- und Verteilnetzbetreiber marktbasierende Maßnahmen, um die Gasversorgung aufrechtzuerhalten. Dazu gehören beispielsweise die Nutzung von Flexibilitäten auf der Beschaffungsseite, der Rückgriff auf Gasspeicher, die Optimierung von Lastflüssen oder die Anforderung externer Regelenergie, also Energie, um Schwankungen der Lastflüsse auszugleichen.

• **2. Alarmstufe:** Auch in der sogenannten Alarmstufe kümmern sich die Marktakteure primär in Eigenregie um eine Entspannung der Lage. Auch hier können die in Stufe 1 genannten Maßnahmen von den Marktakteuren ergriffen werden. Dazu gehören wiederum beispielsweise die Nutzung von Flexibilitäten auf der Beschaffungsseite, der Rückgriff auf Gasspeicher, die Optimierung von Lastflüssen oder die Anforderung externer Regelenergie. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, kann die Bundesregierung allerdings auch zusätzlich unterstützend tätig werden, etwa indem sie Unternehmen der Gasversorgungskette hilft, bei starken Preisanstiegen zahlungsfähig zu bleiben oder indem sie Maßnahmen, die im Energiesicherungsgesetz festgelegt sind, ergreift.

• **3. Notfallstufe:** Wenn die Maßnahmen der Frühwarn- oder der Alarmstufe nicht ausreichen oder eine dauerhafte Verschlechterung der Versorgungssituation eintritt, kann die Bundesregierung per Verordnung die Notfallstufe ausrufen. In diesem Fall liegt eine "außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas, eine erhebliche Störung der Gasversorgung oder eine andere erhebliche Verschlechterung der Versorgungslage", vor. Mit diesem Schritt kann die Bundesregierung im Rahmen des Energiesicherungsgesetz schnell umfangreiche Verordnungen zum Einsatz, zur Verteilung, zum Transport und zur Einsparung von Energie erlassen. Zudem kann die Bundesnetzagentur zum "Bundeslastverteiler" eingesetzt werden, wenn die Gasmärkte nicht mehr funktionieren. Der Bundesnetzagentur obliegt dann in enger Abstimmung mit den Netzbetreibern die Verteilung von Gas. Dabei sind bestimmte Verbrauchergruppen gesetzlich besonders geschützt, d.h. diese sind möglichst bis zuletzt mit Gas zu versorgen. Zu diesen geschützten Verbrauchern gehören Haushalte, soziale Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser, und Gaskraftwerke, die zugleich auch der Wärmeversorgung von Haushalten dienen."

**Auszug aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.**

**Nähere Informationen zum aktuellen Stand erhalten Sie hier:**

- ▶ Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
- ▶ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

# ZUR UKRAINE

## Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine / Deutschkurse

Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat

### Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine

#### Flucht aus der Ukraine in Nachbarländer

#### Weiterreise nach Deutschland

- visumsfreie Einreise und Aufenthalt (gilt zunächst bis 31.08.22)
- kostenfreie Bahnreisen mit ukrainischem Pass oder Ausweis
- Unterstützung bei der Weiterreise innerhalb Europas, z.B. durch kostenloses „helpukraine“-Ticket

#### Registrierung

biometrische Registrierung (Foto, Fingerabdrücke) zur Beantragung von Sozialleistungen / für Hilfe bei der Unterbringung

#### Unterbringung / Verteilung

- wer eine private Unterkunft hat, z.B. durch Vermittlung über [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de), kann sich selbst direkt dorthin auf den Weg machen
  - wer eine Unterkunft benötigt, wird einem bestimmten Bundesland zugewiesen. Die Verteilung der Personen erfolgt nach festgelegten Quoten über eine eigens entwickelte, webbasierte IT-Anwendung („FREE“), die z.B. auch familiäre Bindungen berücksichtigt
- Ziel: gleichmäßige Verteilung auf alle Bundesländer

#### Aufenthalt in Deutschland

- längerfristig:** Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), die **Beantragung erfolgt bei der Ausländerbehörde vor Ort**, Voraussetzung dafür ist die vorherige Registrierung.
- vorübergehend:** Insbesondere Ausländer, die sich am 24. Februar 2022 legal in der Ukraine aufgehalten haben, sind zunächst bis zum 31. August 2022 vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit.

#### Wer ist schutzberechtigt?

Alle aus der Ukraine geflohenen Personen, die vor dem 24.2. dort gelebt haben und

- ukrainische Staatsangehörige sind oder Staatenlose und Drittstaatsangehörige mit einem Schutzstatus in der Ukraine sind sowie ihre Familienangehörigen
- Drittstaatsangehörige sind, die sich mit einem unbefristeten bzw. nicht nur vorübergehenden Aufenthaltstitel in der Ukraine aufgehalten haben und die nicht sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland zurückkehren können

#### Welche Rechte erhält man mit einem Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz in Deutschland?

##### Arbeitserlaubnis

Die zuständige Ausländerbehörde gestattet die Erwerbstätigkeit zunächst durch Eintrag in die sog. Fiktionsbescheinigung, später in den Aufenthaltstitel. Für bestimmte Berufe (z.B. Arzt/Ärztin) gelten besondere Zulassungsvoraussetzungen. Das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse steht allen vorübergehend Geschützten offen.

##### Sozialleistungen und medizinische Versorgung

Geflüchtete aus der Ukraine können bei Bedürftigkeit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie medizinische Versorgung nach SGB II bzw. SGB XII erhalten.

##### Familiennachzug

Ein Nachzug insbesondere der Kernfamilie (Ehepartnerinnen und Ehepartner und minderjährige Kinder bzw. Eltern von minderjährigen Kindern), etwa wenn die Familie auf der Flucht getrennt wurde, ist möglich (§ 29 Abs. 4 AufenthG).

##### Willkommensangebote und Sprachförderung

Die Migrationsberatung hilft bei der ersten Orientierung. Einfache Deutschkenntnisse und Informationen zu Themen des alltäglichen Lebens werden in Erstorientierungskursen und in „MiA“-Kursen speziell für Frauen vermittelt. Ebenso ist eine Teilnahme an Integrations- oder Berufssprachkursen bereits mit Herkunftsnachweis kostenlos möglich.

### Deutschkurse für Geflüchtete – Niedersachsen stockt Sprachkurse auf

Damit sich Geflüchtete aus der Ukraine in Niedersachsen besser im Alltag zurechtfinden, sich im neuen Umfeld integrieren und verständigen können, unterstützt das Land Niedersachsen sie dabei, die deutsche Sprache zu erlernen. Diese Hilfe wird nun aufgestockt: Die Landesregierung finanziert zusätzlich zu den bislang bewilligten fünf Millionen Euro für Sprachkurse zum Erwerb der deutschen Sprache weitere 1.000 Kursplätze. Landesmittel in Höhe von rund 400.000 Euro ermöglichen diese Kurse, die sich speziell an Menschen richten, die aufgrund der Kriegshandlungen in der Ukraine Schutz in Niedersachsen gefunden haben.

Die Kurse können tagsüber oder berufsbegeleitend am Abend belegt werden. Bildungspartner sind wie bisher die öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung in Niedersachsen. Interessierte können sich vor Ort an die Einrichtungen der Erwachsenenbildung wenden. Falls notwendig kann eine Kinderbetreuung während der Kurszeiten angeboten werden.

# CORONA-INFOS

## Aktuelle Corona-Regelungen im Überblick

Niedersächsische Corona-Verordnung – kompakt –  
[www.niedersachsen.de/coronavirus/](http://www.niedersachsen.de/coronavirus/)

 **Niedersachsen. Impft. Klar.**

### Corona-Regelungen im Überblick

gültig ab 22. Juni 2022 bis 31. August 2022

#### FFP2-Maskenpflicht

**in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, Heimen,  
Arztpraxen sowie im öffentlichen Personennahverkehr**



 In Gaststätten, Geschäften oder generell in Betrieben und Einrichtungen kann im Rahmen des Hausrechts darüber hinaus eine Maskenpflicht vorgesehen werden.

#### **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona**

Auch wenn die Maskenpflicht vielerorts nicht mehr vorgeschrieben ist, bitte schützen Sie insbesondere gefährdete Menschen und tragen freiwillig eine Mund-Nasen-Bedeckung an Orten, wo kein Abstand eingehalten werden kann.

#### Vorlage negativer Testnachweis

**bei Zugang in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, Heimen  
sowie in Justizvollzugsanstalten**



 In Gaststätten, bei Veranstaltungen oder generell in Betrieben und Einrichtungen kann im Rahmen des Hausrechts eine Testpflicht bzw. die Anwendung von **3G** oder **2G** bis hin zu **2Gplus** vorgesehen werden.

#### **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona**

Ein Test gibt Ihnen Sicherheit – auch dort, wo es nicht vorgesehen ist. Wenn Sie sich unbemerkt mit dem Virus infiziert haben, können Sie es weitergeben und andere gefährden. Auch das können Sie durch regelmäßiges Testen verhindern. Nutzen Sie für Ihre Kinder auch die fortbestehenden Testangebote (bis zu 3 Tests pro Woche) in den Schulen und Kindertageseinrichtungen.

### WIR in Niedersachsen

#### (Weiter) GEMEINSAM gegen Corona

Die meisten Schutzmaßnahmen sind weggefallen, doch die tägliche Zahl der Neuinfektionen verdeutlicht, dass die Pandemie bei weitem noch nicht vorbei ist.

**(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona** ist daher die dringende Bitte der Landesregierung – bleiben Sie vorsichtig und achtsam, insbesondere gegenüber älteren und pflegebedürftigen Menschen. **Der sicherste Weg ist und bleibt das Impfen – nutzen Sie die vielen Angebote zur Auffrischungsimpfung (Booster und 4. Impfung für Personen ab 70 Jahren und Mitarbeitende in Pflege- und Gesundheitsberufen) und vor allem für die Grundimmunisierung gegen Covid-19.** Infos zu Impfangeboten bei Ihnen vor Ort unter: [www.impfen-schuetzen-testen.de](http://www.impfen-schuetzen-testen.de)

Mit **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona** kann jede und jeder seinen Teil zur Pandemiebewältigung beitragen:

- Bitte halten Sie auch weiter Abstand, wo es möglich ist
- Tragen Sie bitte eine Mund-Nasen-Bedeckung auch dort, wo es nicht vorgesehen ist und kein Abstand eingehalten werden kann (insbesondere bei vielen Menschen in Innenräumen)
- Nutzen Sie bitte die fortbestehenden Testangebote um sich vor und nach Treffen mit vielen Menschen zu testen
- Nutzen Sie bitte auch die Testangebote für Schülerinnen und Schüler sowie Kinder in den Kindertageseinrichtungen (freiwillig bis zu drei Tests pro Woche möglich)

Hinweis: Es handelt sich hierbei um eine vereinfachte Übersicht der Regelungen – es gilt ungeachtet dieser Darstellung die gültige Niedersächsische Corona-Verordnung, gültig ab 22.06.2022

(Stand: 22. Juni 2022)

Nähere Informationen und weitere Übersichten finden Sie auf [www.niedersachsen.de](http://www.niedersachsen.de).



# AUS DEM LANDTAG

## Plenum vom 28. Juni bis 1. Juli 2022

**Aktuelle Stunde mit dem Titel „Die Krise verschärft sich, Gas wird knapp, Energie- und Lebensmittelpreise steigen – Bund, Land und Kommunen müssen klug zusammenwirken!“** Als SPD sagen wir ganz deutlich: Die Entlastungspakete des Bundes sind ein guter Schritt, die Menschen von den Preissteigerungen zu entlasten. Wir brauchen aber noch schnellere und weitgehendere Instrumente, um den Bürger:innen Sicherheit in dieser schweren Zeit zu geben. Beispielsweise muss die Energiepreispauschale ausgeweitet werden auf die Rentner:innen. Gleichzeitig muss bei Wahrung des Abstandsgebots die Grundsicherung erhöht werden.

**Antrag „Gemeinsam Verantwortung tragen für die Energiesicherheit in Niedersachsen - heimische Erdgasgewinnung aktiv mitgestalten“.** Klar ist: Um die Lücke, die durch ein mögliches Wegbrechen der Gasimporte aus Russland zu entstehen droht, zu schließen, werden neue Importmöglichkeiten für Gas, insbesondere für LNG, vonnöten sein. Unsere heimischen Ressourcen müssen klug, vorausschauend und möglichst ohne negative Einflüsse auf die Umwelt genutzt werden. Die Nordsee mit ihren bis zu 60 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas ist dabei nicht nur wichtige nationale Reserve, sondern beherbergt mit dem Nationalpark Wattenmeer ein einzigartiges Naturschutzgebiet. Die Förderung in dem zur Rede stehenden Gebiet, welches sowohl auf niederländischem als auch auf deutschem Hoheitsgebiet liegt, muss daher unter hohen Auflagen geschehen.

Mit der **Verabschiedung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes** entsteht bundesweit das modernste Krankenhausgesetz, das die Weichen für eine landesweit gleichwertige Versorgungsqualität, auskömmliche Personalausstattung und effiziente Nutzung von Ressourcen stellt.

Wir haben in Niedersachsen eine breite und vielfältige Kulturszene, auf die wir sehr stolz sein können. Sie bringt Farbe in den Alltag und ist als gesellschaftliche Stimme unverzichtbar. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, brauchen die Kunstschaffenden nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir **haben in zweiter Lesung deshalb das Niedersächsische Kulturfördergesetz verabschiedet.** Dieses schafft erstmals ein solides Fundament für

eine langfristige und nachhaltige Förderung unserer Kulturlandschaft in Niedersachsen.

**Verabschiedung des Niedersächsischen Klimagesetzes.** In enger Abstimmung mit Umweltminister Olaf Lies haben wir eine sehr gute Lösung gefunden, unser Land bis 2045 klimaneutral umzustellen. Dabei geht es insbesondere um die Reduzierung von Ausbau-Hemmnissen bei Erneuerbaren Energien. Beispielsweise musste beim Bau von Windkraftanlagen bislang ein aufwändiges Raumordnungsverfahren in die Wege geleitet werden, wenn diese nicht im ursprünglichen Raumordnungsplan enthalten waren. Diese Verfahren haben sich zum Teil über Jahre hingezogen. Durch eine Änderung des Raumordnungsgesetzes werden diese langen und teuren Verfahren nun obsolet. Das ist nur ein Beispiel von zahlreichen Änderungen, mit denen wir jetzt mehr Tempo bei der Energiewende machen.

Für eine flächendeckende Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung ist eine **Neuordnung der Notfallversorgung** unerlässlich. Dies betrifft insbesondere die bessere Verzahnung der verschiedenen Ebenen der Notfallversorgung, die Reduzierung der Fehlinsanspruchnahme sowie damit einhergehend die stärkere Steuerung von Patientenströmen, um die Notaufnahmen der Krankenhäuser und die Rettungsdienste nachhaltig zu entlasten.

**Antrag "Hauswirtschaft professionell aufstellen - Herausforderungen in der Gesellschaft gerecht werden".** Wir wissen: Image und Wertschätzung der Hauswirtschaft müssen durch ein modernes Bild des Ausbildungsberufes und Möglichkeiten fachlicher Teilqualifizierung nach außen getragen werden, um den aufwachsenden Bedarfen in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Verdeutlicht werden muss in diesem Zusammenhang auch die Fachkräftesicherung bei hauswirtschaftlich akademisch qualifizierten Führungskräften, verbunden mit einer Kampagne für Aufstiegs- und damit verbundenen hervorragenden Arbeitsmöglichkeiten im Bereich Hauswirtschaft.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie hier - **auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.**



## AUS DEM LANDTAG

### Ersatzfreiheitsstrafe ist kontraproduktiv und teuer - Landesspielräume konsequenter zur Reduzierung nutzen

#### Auszug aus der Rede von Ulf Prange am 30.06.2022:

"Die Debatte ist nicht neu, aber wichtig. Jan Böhmermann hat Ende letzten Jahres die Ersatzfreiheitsstrafe in seiner Sendung zum Thema gemacht und dadurch eine breite mediale Berichterstattung angeregt. So hat etwa die Zeit Anfang des Jahres getitelt: „Draußen bleiben ist für alle besser“. In der Tat ist der gesellschaftlich Nutzen der Ersatzfreiheitsstrafe sehr umstritten.

Unser Strafrecht kennt die Freiheitsstrafe, die unter bestimmten Voraussetzungen zur Bewährung ausgesetzt werden kann und die Geldstrafe. Die Geldstrafe kommt bei leichteren Delikten zur Anwendung. Kann man die Geldstrafe nicht bezahlen, muss man die Strafe absitzen. Der Jurist spricht dann von Ersatzfreiheitsstrafe. Obgleich das Gericht lediglich eine Geldstrafe ausgesprochen hat, muss der Betroffene in dieser Konstellation eine Freiheitsstrafe antreten, also eine Strafe, die eigentlich für schwerere Straftaten vorgesehen ist. Dies widerspricht der Systematik und entspricht letztlich auch nicht dem, was ausgesprochen wurde. Auf der anderen Seite würde eine Geldstrafe - die nicht bezahlt wird - ohne die Ersatzfreiheitsstrafe ins Leere laufen. Dies ist aus präventiven Gründen problematisch. In diesem Dilemma befinden wir uns.

Durch die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe kommt es oftmals zu Haftzeiten von weniger als 90 Tagen, die für den Verurteilten und seine Familie vielfach verheerende soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben. So besteht die große Gefahr, dass der Verurteilte seinen Arbeitsplatz verliert und damit die wirtschaftliche Grundlage für sich und seine Familie. Der Verlust der Wohnung droht. Armutsgefährdung und sozialer Abstieg können die Folgen sein, die vor allem die Kinder der Verurteilten treffen und sie in ihrer weiteren Entwicklung beeinträchtigen können.

Die Ursachen für die Nichtzahlung sind vielfältig, liegen aber oft in dem unzureichend erlernten Umgang mit Geld und einer generellen Unerfahrenheit in finanziellen Angelegenheiten begründet und auch darin, dass die Geldstrafe angesichts der Vermögensverhältnisse schlichtweg nicht aufgebracht werden kann.

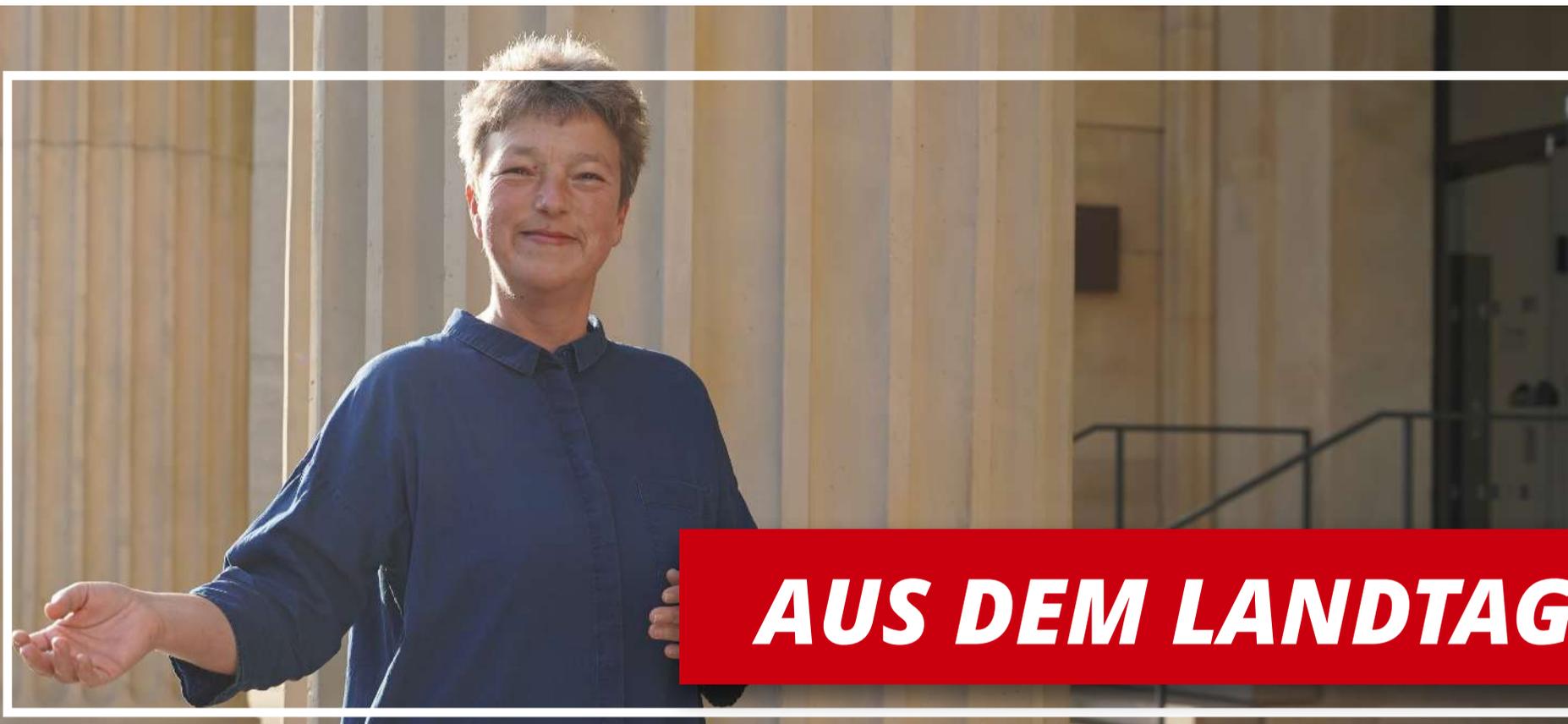
Deshalb sind sozial Benachteiligte deutlich häufiger von der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe betroffen. Ihnen fällt die Zahlung der Geldstrafe im Vergleich zu finanziell besser gestellten Tätern schwerer. Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Festlegung der Tagessatzhöhe reicht in vielen Fällen nicht aus.

Weiter verursacht die Vollstreckung der regelmäßig kurzen Ersatzfreiheitsstrafen auch hohe Kosten im Strafvollzug und führt zu einer Verknappung der zur Verfügung stehenden Haftplätze. Zudem sind aufgrund der kurzer Haftdauer Resozialisierungs- oder Bildungsmaßnahmen bzw. Angebote kaum möglich bzw. kaum wirksam. Der Nutzen der Ersatzfreiheitsstrafe für die Gesellschaft ist auch angesichts der erheblichen Folgen für die Betroffenen umstritten. Deshalb braucht es Instrumente zur Haftvermeidung.

...

Ich denke, dass wir auf der Grundlage des vorliegenden Antrages eine spannende Debatte im Ausschuss haben werden. Darauf freue ich mich."

**Die ganze Rede von Ulf Prange können Sie sich hier anhören!**



## AUS DEM LANDTAG

### Niedersachsen bekommt ein Kulturfördergesetz

Auszug aus der Rede von Hanna Naber:

"[...]Kultur und Kreativität brauchen Absicherung, um sich so frei wie möglich entfalten zu können. Das Kulturfördergesetz schafft einen geeigneten Rahmen, den Menschen, die Kunst und Kultur schaffen, genau diese Sicherheit zu geben. Als bekennende Kulturliebhaberin und kulturpolitische Sprecherin meiner Fraktion freut es mich sehr, dass Niedersachsen nun endlich ein Kulturfördergesetz bekommt. Meine Partei, die SPD Niedersachsen, hat ein ebensolches in ihrem Wahlprogramm 2017 gefordert. Nun können wir Vollzug melden.

Kunst und Kultur in Niedersachsen werden mit diesem Gesetz strukturell gefestigt. Das ist ein starkes politisches Signal für die Kulturbranche und für die Kulturschaffenden.

Mit der Kulturberichterstattung werden die beabsichtigten Verbesserungen nicht nur evaluiert, sondern der kulturpolitische Diskurs rückt als Ganzes regelmäßig in den Fokus der parlamentarischen Debatte. Das schafft Verantwortlichkeit, Transparenz und Wertschätzung, und das ist gut so.

Besonders danke ich den zahlreichen Kulturverbänden, die mit ihren kritischen, stets konstruktiven Beiträgen die anspruchsvolle Debatte entscheidend vorangebracht haben. Herzlichen Dank für die vielen Impulse aus unserer ganztägigen Anhörung! Nicht wenige haben Eingang gefunden in den heute vorliegenden Gesetzentwurf. Uns als Sozialdemokratinnen und -demokraten ist es wichtig, dass kulturelle Teilhabe für alle Menschen niedrigschwellig möglich ist. Kunst und Kultur müssen diskriminierungs- und barrierefrei sein. Das beinhaltet auch eine soziale Barrierefreiheit. Unsere Kulturförderung trägt dazu bei, dass sich mehr Menschen kritisch mit Kunst, Kultur und Gesellschaft in einem offenen und sicheren Rahmen auseinandersetzen können. Das ist zentral für eine demokratische, vielfältige, solidarische und inklusive Gesellschaft. Da ist nicht nur die Kultur, sondern auch das Land in guten Händen.

Ohne all die engagierten Menschen, die in Kunst und Kultur und kultureller Bildung tätig sind - darunter im Übrigen auch sehr viele ehrenamtlich -, hätte die Szene keinen Bestand. Deshalb ist das Kulturfördergesetz so notwendig und so wichtig. Zwar können wir auf Landesebene keine Sachen des Bundes entscheiden, aber wir können mit dem Kulturfördergesetz eine nachhaltige und langfristige Unterstützung der Kulturlandschaft in Niedersachsen sicherstellen. Wir haben - und das ist ein großer Erfolg - gute und faire Arbeitsbedingungen im Gesetz verankert.

Das ist ein wichtiger Baustein, um prekären Beschäftigungsformen in der Kultur entschieden entgegenzutreten. Denn faire Arbeitsbedingungen sind ein Zeichen von Respekt und Wertschätzung.

Ich bin dankbar, dass wir in Niedersachsen eine so bunte und vielfältige Kulturlandschaft haben, die sich - genau wie unserer Gesellschaft - in einem stetigen Wandel befindet. Es ist unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, diesen Wandel konstruktiv zu begleiten und mitzugestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wermutstropfen bleibt: Es kommt leider noch kein zusätzliches Geld ins System. Ziel der nächsten Landesregierung und des nächsten Landtages muss es daher sein, eine nachhaltige und langfristige finanzielle Zuwendung für die Kultur sicherzustellen. Das verankerte Kulturmonitoring bietet eine gute Grundlage, um die Kulturlandschaft zukunftsgerecht zu fördern und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Insgesamt schafft das Kulturfördergesetz ein solides und stabiles Fundament, auf das der nächste Landtag und die nächste Landesregierung gut aufbauen können. Es ist ein deutlicher Gewinn für die Kulturlandschaft und die Kulturschaffenden in Niedersachsen; denn - wie Mark Twain schon richtig bemerkte - „das Geheimnis des Vorwärtkommens besteht darin, den ersten Schritt zu tun.“ - Richtig! Und das haben wir getan."

Die gesamte Rede können Sie **hier** anschauen.



## AUS DEM LANDTAG

### Stärkung der Feuerwehren

Die **freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren engagieren sich in ganz Deutschland für die Sicherheit und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft.**

Mit der „Hannoveraner Erklärung“ setzen die SPD-Fraktionen aus 15 Bundesländern sowie im Deutschen Bundestag ein starkes politisches Signal und wichtige Impulse zur Stärkung der Feuerwehren.

Das gemeinsame Positionspapier will in fünf Forderungen die Feuerwehren in Deutschland besser für die zukünftigen Herausforderungen wappnen. Die Erklärung wurde am 22. Juni im Beisein des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius, und des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Karl-Heinz Banse, auf der Interschutz-Messe in Hannover vorgestellt.

Im Zentrum stehen dabei Investitionen in eine moderne Ausrüstung und Infrastruktur. Das ehrenamtliche Engagement in den Feuerwehren wollen die SPD-Fraktionen zukünftig leichter mit dem Berufs- und Familienleben vereinbar machen. Zudem sieht die „Hannoveraner Erklärung“ eine finanzielle Förderung und öffentliche Kampagne zur Nachwuchsgewinnung vor. Vierter Punkt des Papiers ist der Schutz der Einsatzkräfte vor Gewalt.

Außerdem formulieren die SPD-Fraktionen die Harmonisierung der Feuerwehrezulagen.

**Hier finden Sie: Hannoveraner SPD Erklärung zur Interschutz 2022**

### Besucherguppen aus Oldenburg

**Hanna Naber und Ulf Prange empfangen am 28. Juni 2022 zwei Gruppen interessierter Oldenburger Bürgerinnen und Bürger.**

Die beide Gruppen, darunter der **Bürgerverein Etzhorn**, informierten sich über die Arbeit im Niedersächsischen Landtag. Nach einer ausgedehnten Zeit zur freien Verfügung und einer Einladung zu Kaffee und Kuchen wurden die Besucherinnen und Besucher von Hanna Naber und Ulf Prange im Landtag begrüßt.

Auch zwei Mitarber\*innen aus dem Wahlkreisbüro aus Oldenburg Mafalda Nogueira und Raphael Heitmann haben die Besucherguppen begleitet. Es folgte eine kurze Einweisung in die aktuelle Tagesordnung, ein Vortrag über die Geschichte des Landtages.

Anschließend konnte auf der Tribüne die Plenarsitzung live verfolgt werden, die man sonst aus dem Fernsehen oder aus dem Livestream kennt. Im Anschluss bestand die Möglichkeit, den Abgeordneten Fragen zu stellen und über aktuelle Themen, die den Bürgern „auf dem Herzen liegen“, zu diskutieren.





## FÜR OLDENBURG

### Grundschule Bürgeresch wird Ganztagschule

**Gute Nachricht für die Schullandschaft in Oldenburg: Die Grundschule Bürgeresch wird Ganztagschule.**

Dies haben Hanna Naber und Ulf Prange aus dem Kultusministerium erfahren. Das Ministerium unter der Leitung von Minister Tonne hat die Genehmigung erteilt, dass die Schule zum nächsten Schuljahr ein Ganztagsangebot umsetzen kann. Hanna Naber sagt dazu: "Mit der Entscheidung leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Oldenburg."

In Niedersachsen sind in den letzten Jahren immer mehr Schulen zu Ganztagschulen geworden. "Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, aber auch geboten," ergänzt Ulf Prange. "Sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene setzen wir als SPD einen Schwerpunkt bei der Bildung. Diese gute Zusammenarbeit zahlt sich aus."

Naber erklärt: „In niedersächsischen Ganztagschulen wird die Teilhabe an Bildung – auch über den Unterricht im eigentlichen Sinne hinaus – gewährleistet.“



Kinder kommen hier mit Kultur, Musik, Sport und digitaler Bildung in Kontakt. Die SPD-geführte Landesregierung investiert erheblich in den Ausbau der Ganztagsbeschulung. Es ist erfreulich, dass im neuen Schuljahr auch die Schüler:innen und Eltern aus Oldenburg hiervon profitieren werden.“

### Niedersachsen setzt das "Lehrkräfte-Gewinnungspaket" um

**730 zusätzliche Stellen, Lehrkräfte-Prämie, mehr Quereinstieg!** "Wir gestalten die Fachkraftgewinnung aktiv", zeigen sich Naber und Prange erfreut über die Vorstellung des Katalogs der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen von Kultusminister Tonne.

730 zusätzliche Stellen, bis zu 400 Euro Prämie für neue Lehrkräfte, leichter Zugang für Quereinsteigende und grundlegende Veränderungen bei der Lehrkräfteausbildung: Mit einem umfassenden „Lehrkräfte-Gewinnungspaket“ sollen noch mehr qualifizierte Personen für den niedersächsischen Schuldienst rekrutiert werden. Kultusminister Tonne stellte den Katalog am 27. Juni 2022 vor, um dem noch weiter steigenden Bedarf an pädagogischem Personal zu begegnen. Er erläuterte dazu: „Im kommenden Schuljahr erwarten wir rund 32.000 Schüler:innen zusätzlich an den Schulen. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, nachgeholte Einschulungen sowie weiter steigende Geburtenzahlen sind die Ursachen für diesen sprunghaften Anstieg. Damit werden wir beinahe doppelt so viele zusätzliche Schüler:innen im System haben, wie durch den zusätzlichen Schuljahrgang bei der Umstellung von G8 auf G9. Die Lage stellt sich damit akut grundsätzlich anders dar, als im Zulauf auf das zu Ende gehende Schuljahr.“

Seit Beginn der Legislaturperiode habe das Land 3.000 Lehrkräfte mehr für das Schulsystem gewinnen können und verzeichne damit einen Höchststand von insgesamt 83.000 Lehrer:innen im Land. Dennoch sei die „Decke bei der Lehrkräfteversorgung noch zu kurz“, da die Bedarfe und Herausforderungen schneller anstiegen, als sie über den regulären Lehrkräftearbeitsmarkt abzudecken seien. „Wir stecken bundesweit und in nahezu allen Branchen in der Krise Fachkräftemangel, aber wir gestalten diese Krise im Bildungsbereich in Niedersachsen aktiv. Übergeordnetes Ziel ist, so viele qualifizierte Menschen wie möglich an unsere Schulen zu bringen.“

Hier finden Sie: [Handlungsleitfaden Lehrkräftegewinnung vor Ort](#)



## FÜR OLDENBURG

### Mehr als 600.000 Euro für die freie Theaterszene - Theater Wrede, Theater Hof/19 und Theater Laboratorium erhalten Landesförderung

Während des Theaterfestivals "Hart am Wind" in Oldenburg, an dem auch Hanna Naber und Ulf Prange teilgenommen haben, überreichte Niedersachsens Kulturminister Björn Thümler am 15. Juni 2022 Förderverträge und Zuwendungsbescheide an fünf Spielstätten der freien Theater.

Theater Wrede erhält eine Konzeptionsförderung für die Jahre 2022-2024 in Höhe von 120.000 Euro und weitere 20.000 Euro Spielstättenförderung für die Etablierung einer neuen Gastspielreihe für die jüngere Generation. Dazu kommt eine Projektförderung in Höhe von 14.000 Euro für das Stück „Schwer und Leicht“.

Theater hof/19 wird mit 40.000 Euro für die personelle Stärkung der Technik unterstützt und erhält 45.000 Euro Konzeptionsförderung, ebenfalls für den Zeitraum 2022-2024.

Das Theater Laboratorium in Oldenburg erhält 20.000 Euro zur personellen Stärkung der 2017 neu eröffneten Spielstätte Limonadenfabrik. Weiter kann sich das Theater über eine Projektförderung in Höhe von 15.000 Euro für das Stück „More about: Josephine Baker“ freuen.

„Mit dem Förderprogramm wollen wir kleinere Kultureinrichtungen stärken. Diese oft auch ehrenamtlich betriebenen Einrichtungen sind wichtig im Flächenland Niedersachsen, stellen ein breites kulturelles Angebot im Land sicher und fördern so die Lebensqualität“ betonen Naber und Prange

„Die geförderten Oldenburger Häuser werden mit ihren Produktionen weit über die Stadt hinaus wahrgenommen. Die Landesförderung ist auch eine Anerkennung für die hervorragende, von alle drei Theatern geleistete Arbeit“, so Naber und Prange weiter.

Die jährliche Projektförderung dient dazu, die Vielfalt des kulturellen Angebots in Niedersachsen sicherzustellen.

Die Konzeptionsförderung ist angelegt als Spitzenförderung der freien Tanz- und Theaterszene. Die dreijährige Laufzeit der Förderung bietet den Theatern eine hohe Planungssicherheit.

Insgesamt unterstützt das Land Niedersachsen die fünf freien Theater mit rund 600.000 Euro. Die Mittel stammen aus den Förderlinien Spielstättenförderung 2021, Konzeptionsförderung 2022-2024 und Projektförderung 2022.

**Hintergrund:** Die Spielstättenförderung für die Spielstätten der freien Szene wird auch für die Jahre 2022 und 2023 mit jährlich 500.000 Euro ausgeschrieben. Die Projektförderung 2023 kann bis zum 15.10.2022 beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) beantragt werden.



# FÜR OLDENBURG

## 160.000 Euro für 12 Projekte der Oldenburger Kulturszene - Scheckübergabe durch Ministerin Daniela Behrens

Über das Förderprogramm „Startklar in die Zukunft“ werden in Oldenburg 12 Projekte gefördert. Die Gesamtsumme beträgt 160.000 Euro. Am Freitag, 17.06. überreichte Ministerin Daniela Behrens (SPD) den Scheck in der Bildungsstätte des Vereins Jugendkulturarbeit.

Zudem informierte sich die niedersächsische Sozialministerin über die vielen geförderten Projekte in Oldenburg und blieb zum Austausch und Gespräch.

„Wenn ich mir die Liste der geförderten Projekte ansehe, bin ich beeindruckt, welche Vielfalt an Kreativität wir hier in Oldenburg haben. Es zeigt sich, wie wichtig eine gute Finanzierung der kommunalen Kulturszene und -einrichtungen ist,“ freut sich Hanna Naber.

„Startklar in die Zukunft ist ein großartiges Programm. Gerade Kinder und Jugendliche wurden von den Schutzmaßnahmen der Pandemie hart getroffen. Deshalb ist es wichtig und richtig, jetzt diese Gruppe besonders in den Blick zu nehmen“, ergänzt Ulf Prange.



Die Förderung unterstützt vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche, wie Aktionstage, Kurse, oder Ferienworkshops.

Bis zu einer Summe von 15.000 Euro können Projekte vollfinanziert werden.

Ulf Prange und Hanna Naber stellen klar: „Wir werden auch in Zukunft für eine sichere und breite Förderung der Kultur eintreten.“

### „Geförderte Projekte in Oldenburg im Rahmen von „Startklar in die Zukunft: Kunst, Kultur und Kreativität“

- Oldenburger Kunstschule:  
Platz Nehmen - Kinder setzen sich - durch
- Kulturbüro der Stadt Oldenburg:  
Kulturelle Bildung für Oldenburger Kids
- Medienbüro Oldenburg: Minifilmclub
- Kulturetage Oldenburg: Macht (der) Geräusche!
- Slap - social land art projekt e.V. :  
Klimawandel - und was machen wir?
- Förderverein der Musikwerkstatt:
  - Musikwerkstatt young
  - Musikwerkstatt 18+
- Jugendkulturarbeit e.V. :
  - Perspektivwechsel:  
Transformation durch kulturelle Begegnung
  - Living culture - Kulturelle Aktivitäten-Woche
  - Kulturelle Bildung zugänglich machen:  
Neue Kooperationen - Neue Visionen
  - Kunstkabinett Wunschfiguren:  
Ein inklusiv-kreatives Kooperationsprojekt
  - RESTART Kurlandtheater
  - Das JTB startet neu durch.



# FÜR OLDENBURG

## 100.000 Euro für Neubau einer Zweifeldsporthalle in Oldenburg

Hanna Naber und Ulf Prange haben aus dem Ministerium für Inneres und Sport erfahren, dass Oldenburg Mittel aus dem Sportstättenanierungsprogramm des Landes erhält. Der Neubau einer Zweifeldsporthalle durch den GVO Oldenburg e. V. wird mit 100.000 Euro gefördert.

„Die Sanierung und der Bau von Sportstätten und der damit verbundene Erhalt der Sportstätteninfrastruktur ist für ganz Niedersachsen von großer Bedeutung, denn unsere Sportler:innen sind auf gute Trainings- und Wettkampfbedingungen angewiesen. Deshalb setzen wir uns für eine Fortsetzung des Landesprogramms ein.“, erklärt Ulf Prange.

„Besonders in der Pandemie ist deutlich geworden, wie wichtig Sport und Bewegung für die Gesundheit ist. Das gilt insbesondere für unsere Kinder und Jugendlichen“, ergänzt Hanna Naber.

### Hintergrund:

Mit dem Sportstättenanierungsprogramm des Landes Niedersachsen in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro von 2019 bis 2022 werden im abschließenden Jahr dieser umfangreichen Fördermaßnahmen noch einmal 53 kommunale Maßnahmen mit einer Landeszuwendung bedacht. Dafür stehen im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 19 Millionen Euro zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung insbesondere des Alters der Sportstätten, der Verbesserung des energetischen Zustands, der Auslastung sowie einer regional ausgewogenen Verteilung können 53 Förderanträge positiv beschieden werden, die bis zum 21.06.2022 entscheidungsreif gewesen sind. Auf eine regional ausgewogene Verteilung wurde im Abschlussjahr des Programms besonders geachtet. So konnte zunächst jede Kommune, die in den Vorjahren noch keine Förderung bekommen hat, in diesem Jahr schließlich eine Förderung erhalten.



### Archivbild:

Minister Pistorius im September 2021 zu Besuch in der Skatehalle Backyard und im anschließenden Gespräch mit Sportvereinen.



## AUS OLDENBURG

### Oldenburger Klimatage mit Minister Lies



Am 23. Juni 2022 wurden in der Alten Fleiwa in Oldenburg mit den Oldenburger Klimatagen zwei Jubiläen gewürdigt. Die Universitätsgesellschaft (UGO) kann auf 50 jähriges Bestehen zurückblicken und das Energielabor besteht seit 40 Jahren. Aus diesem Anlass hat Minister Lies ein Grußwort gesprochen. Auch Hanna Naber und Ulf Prange haben zu den Jubiläen gratuliert.

### Minister Lies zu "Klimaschutz durch das Handwerk"

Auf Einladung der Handwerkskammer Oldenburg hat Umweltminister Lies das Berufsbildungszentrum der Handwerkskammer in Tweelbäke besucht.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Vertretern des regionalen Handwerks stand das Thema „Klimaschutz durch das Handwerk“.



Foto: Handwerkskammer Oldenburg/Torsten Heidemann



## AUS OLDENBURG

### 30 Jahre Mobiles Kino Niedersachsen

Anlässlich des 30. Jubiläums des **Mobilen Kino Niedersachsens** lud Manfred Aden zu einer Veranstaltung ein. Dort hielt Frau Naber als kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion NDS und als Oldenburger Abgeordnete ein Grußwort. Unter den Anwesenden war Ulf Prange und der Minister für Wissenschaft und Kultur. Auszug aus dem Grußwort:

[...] "Die Zoom, webEx, teams, blue button – Kacheln alleine reichen nicht aus – es ist die kulturelle Begegnung, die die notwendigen Räume schafft zum Nachdenken, zur Reflexion und zur Entwicklung von Empathie. Voraussetzung hierfür ist, dass kulturelle Angebote bei den Menschen ankommen und dass Kultur offen für alle ist.

Ich bin als Kind auf dem Land groß geworden. In einem Dorf mit noch nicht mal 1.000 Einwohnern. Direkt an der holländischen Grenze. Das nächst gelegene Kino war in meiner frühen Kindheit noch nicht mal eröffnet. Als es dann da war, über 10 Kilometer entfernt. Ein breites, überhaupt ein ÖPNV-Angebot - das gab es damals so gut wie gar nicht. Lediglich zwei Busse, die die Arbeiter zu ihrer Schicht in die Textilfabrik brachten, gab es. Sie fuhren morgens um 5 und mittags um eins, wenn ich das recht erinnere. Heute sind wir da in vielen, aber noch nicht allen Bereichen weiter. Wie gefragt ein gut ausgebauter ÖPNV ist, sehen wir aktuell am erfolgreichen 9 €-Ticket. Insbesondere Menschen mit kleinem Geldbeutel haben mit einem Schlag mehr Mobilität zur Verfügung. Damit können sie auch weiter entfernte kulturelle Angebote wahrnehmen. Wie zum Beispiel das Kino in der nächstgelegenen Stadt. Wenn aber die Menschen nicht zur Kultur kommen können, dann muss eben die Kultur zu den Menschen kommen. Ich finde, das ist der richtige Ansatz. Dafür ist das Mobile Kino Niedersachsen mit seinem niedrigschwelligen und kostengünstigen Angebot genau das Richtige. Filme eignen sich zum Beispiel hervorragend für die kulturelle Bildung in allen Altersgruppen. Auf der einen Seite bieten sie eine ergiebige Grundlage für pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Viele, auch komplexere Themen können so altersgerecht angesprochen werden.

Das ist ein wichtiger Beitrag für die Persönlichkeits- und Resilienzentwicklung. Das Mobile Kino ist auch für unseren älteren Mitmenschen wertvoll, insbesondere dann, wenn ihre Mobilität eingeschränkt ist. Das Senior\*innenkino ist da ein gutes Angebot. Das Mobile Kino leistet einen wichtigen Beitrag für die kulturelle und soziale Teilhabe aller Menschen. Auch oder gerade unter Pandemiebedingungen sind solche kreativen Formate und Ideen – insbesondere Open Air- richtig toll. Es tut auch einfach gut, mal die Seele baumeln zu lassen.

Die Pandemie hat bekannte und lieb gewordene Strukturen unter Druck gesetzt und unsere guten Sozialsysteme auf die Probe gestellt. Da sind wir als Politik auf Länder- und auf Bundesebene gefragt. Denn für das kreative Entfalten und Wirken braucht es Autonomie und Sicherheit zugleich. Es müssen Perspektiven für Kulturschaffende und die Kulturbranche geschaffen und weiterentwickelt werden. Sicherheit und Verlässlichkeit können wir als Politik zum Beispiel mit nachhaltigen und strukturellen Förderprogrammen geben. Schließlich muss Gute Arbeit auch gut entlohnt und sozial abgesichert sein. Das Kulturfördergesetz ist hierfür ein wichtiger erster Schritt, um auf institutioneller Ebene Sicherheit für Kulturschaffende zu ermöglichen. Aber, um mal „Butter bei die Fische“ zu geben, wie wir hier im Norden sagen. Es muss mehr Geld ins System. Denn wir dürfen nicht vergessen: Kunst und Kultur sind zentrale Elemente für eine offene, tolerante und diverse Gesellschaft in einer sozialen Demokratie. Kunst und Kultur sind Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Zum Abschluss kommend: Ich hätte mir als Kind ebenso das Mobile Kino gewünscht.

Daher vielen Dank für Ihre/eure tolle Arbeit! "



## Arbeit und Leben - Einweihung der neuen Räumlichkeiten

Arbeit und Leben Niedersachsen in Oldenburg ist umgezogen. Dazu luden sie am 15. Juni zu einer Einweihung ein.

Der Umzug schafft bessere Arbeitsbedingungen für die gute Bildungsarbeit von Arbeit und Leben. Erwachsenenbildung, die Unterstützung von Betriebsräten und politische Bildung sind in diesen Zeiten wichtiger denn je.

Für ihr operatives Geschäft hat die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e. V. vier regionale gemeinnützige Gesellschaften mit folgenden Hauptsitzen gebildet: Nord (Oldenburg); Mitte (Hannover); Ost (Braunschweig); Süd (Göttingen).

Mehr über die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben erfahren Sie **hier**.



## 150 Jahre Elisabeth-Kinderkrankenhaus in Oldenburg

Am Freitag, 17. Juni 2022 feierte das Elisabeth-Kinderkrankenhaus Oldenburg sein 150-jähriges Bestehen. Die Feier wurde ausgerichtet im früheren Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital und heutigem Kulturzentrum PFL. Dort war direkt nebenan 1872 das Elisabeth-Kinderkrankenhaus entstanden. Grußworte hielten neben dem Oberbürgermeister Jürgen Krogmann auch Niedersachsens Gesundheitsministerin Daniela Behrens.

## 100 Jahre NABU im Oldenburger Land

Aus Anlass des 100jährigen Bestehens feierte der Naturschutzbund (NABU) am Samstag, 11. Juni 2022 im Rahmen eines Festaktes im Landesmuseum für Natur und Mensch. Hanna Naber und Ulf Prange haben gern daran teilgenommen.



**IN EIGENER SACHE**

**CSD am 18. Juni 2022 in Oldenburg**



Hanna und Ulf haben gemeinsam mit den Jusos und vielen Genoss:innen bei schönstem Wetter am Christopher Street Day in Oldenburg teilgenommen.





# IN EIGENER SACHE

## Ausschuss Recht in Luxemburg vom 12. bis 14. Juni 2022



Besuch des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg mit einer Delegation des Rechtsausschusses des Niedersächsischen Landtags.



Besuch der Europäischen Staatsanwaltschaft mit einer Delegation des Rechtsausschusses des Niedersächsischen Landtags.



Austausch mit Vertretern der luxemburgischen Abgeordnetenkammer.



**WIR SIND FÜR SIE DA!**



facebook.com/  
**MdLPrange**  
hannanaberspd



instagram.com/  
**prangemdl**  
hanna\_naber

**SPD**  
**NIEDERSACHSEN**

**Bürogemeinschaft Naber & Prange**

Huntestraße 23  
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: [wahlkreisbuero@hanna-naber.de](mailto:wahlkreisbuero@hanna-naber.de)  
[wahlkreisbuero@ulf-prange.de](mailto:wahlkreisbuero@ulf-prange.de)

Redaktionsschluss: 13. Juli 2022

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Raphael Heitmann,  
Theis Hellmann, Mafalda Nogueira &  
Oliver Schwichtenberg